



Die Daten sind frei! Kommerz oder Kontrolle?

Der Pressespiegel des EU-Azubigipfels 2019 in Reutlingen

Reutlingen - 28.10.2019

Verordnung verabschiedet!

Mit einer Mehrheit von 21 Stimmen wurde die 2. Lesung beendet und der vorläufige Gesetzesentwurf angenommen.

Gespaltenes Europa bei Pressekonferenz!

Zu einer Pressekonferenz versammelt sich der Rats- und Parlamentspräsident sowie die Abgeordneten Rossi, Couton, Privieux und Murphy. Schon bei der Einstiegsfrage nach der Notwendigkeit der Verordnung herrschte Uneinigkeit. Rossi plädierte für eine Gesetzgebung auf nationaler Ebene, Henry, Papadittis und Murphy auf eine Gesetzgebung auf EU-Ebene. Auch die Frage nach den Gebühren lässt keinen gemeinsamen Nenner erkennen. Besonders die Abgeordneten der ID-Fraktion zeigen sich enttäuscht: „Es darf keine Gebühren über die Auskunft der Daten geben!“, betont Couton hierbei. Parlamentspräsident Henry versucht zu schlichten, indem er auf das Abstimmungsergebnis hinweist, wonach das Parlament sich gegen die Gebühren geäußert hat.

Rat und Kommission einig

In einer inoffiziellen Abstimmung wurde der bestehende Gesetzesentwurf des EU-Parlaments zugestimmt. Die offizielle Abstimmung folgt nun.

Auch die Kommission unterstützt den momentanen Entwurf. Zwar können Kleinigkeiten noch geändert werden, doch in Anbetracht der intensiven Debatte hält die Kommission eine Zustimmung bereits im jetzigen Zustand für sinnvoll.

In Kürze mehr von Karla Kolumna!

Wir bezahlen für unsere Daten!

Im Gegensatz zum Parlament zeigte sich der EU-Rat einig in der Frage nach den Gebühren, die anfallen, wenn man Auskunft über seine Daten haben oder sie löschen möchte. So stimmte der Rat heute für eine solche Gebühr – und brachte damit einige Parlamentarier gegen sich auf. Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass auch eine Löschung ein Aufwand bedeute, und dieser zu bezahlen sei. Auch sollten Angehörige von Verstorbenen für diese Gebühren aufkommen. Auf eine genaue Höhe der Gebühr wollten sie jedoch noch nicht festlegen. Rossi konnte sich kaum zügeln und ließ ungeblümt verlauten, er verstehe die Welt

nicht mehr!

Nach einer hitzigen Debatte um die Gebühren der Daten konnte sich wenigstens auf ein Punkt geeinigt werden: Nach dem Ableben einer Person kann keine Gebühr mehr für die Löschung der Daten verlangt werden. Sie darf somit nur von lebenden Personen eingefordert werden.

Noch mehr Änderungen im Parlament

Nach einigen Vorschlägen wurden im Parlament weitere Änderungen am neuen Gesetzesentwurf vorgenommen. Die wieder eingeführte Gebühr in Artikel 4 soll dabei gering gehalten werden. Für kleine Unternehmen soll er daher bei nur 5€ liegen, für große Unternehmen (mehr als 100 Mitarbeiter) sollen keine Gebühren anfallen. Mit 17 Stimmen dafür wurde der Vorschlag angenommen.

Fortsetzung Artikel Pressekonferenz

Die Frage nach seiner möglicherweise parteiischen Präsidentschaft lässt ihn allerdings stutzig werden. Dass er und der Protokollant von derselben Partei seien, da könne er auch nichts dafür, sagt er. Schließlich hatte sich sonst niemand für den Posten beworben. Privieux zeigt sich von diesem Argument wenig beeindruckt und bezeichnet Müller als Henrys „Schoßhündchen“.

Rossi rastet aus!

Dem fraktionslosen EU-Parlamentarier Rossi platzt nun endgültig der Kragen und stellt nun einen Antrag auf ein Misstrauensvotum. Der Italiener hält sich auch mit Kritik weiterhin nicht zurück und beschwert sich lauthals über die Unschlüssigkeit der Kommission. Andere Fraktionen schließen sich dieser Stimme an: Eine Gebühr gegen die Auskunft oder Löschung der Daten sei nicht hinzunehmen! Auch, was der schwierige Löschvorgang angeht, sind sich die Abgeordneten nicht einig. Die Stimmung kippt. Wie viel Freiheit der EU-Bürger steht hier wirklich auf dem Spiel?